

Quelle: faznet vom 2.2.15

## Sind die Reformer die Dummen?

Spanien und Portugal haben Griechenland viel Geld geliehen und kommen mit Hilfe der europäischen Partner und des IWF selbst gut voran.

02.02.2015, von Leo Wieland, Madrid



© AP Podemos-Veranstaltung in Madrid: Ein Anhänger hält ein Schild mit „Hallo Troika“. Doch Spanien und Portugal denken nicht an einen Rauswurf der Troika.

Sind die ehrlichen Reformer in Spanien und Portugal bald die Dummen? Diese Frage stellen sich angesichts der neuen „griechischen Verhältnisse“ die konservativen Regierungen in Madrid und Lissabon mit wachsendem Unbehagen. Denn in beiden Ländern, in denen im Herbst gewählt wird, werfen die hellenischen Aufwallungen schon einen langen Schatten voraus.

In Spanien gibt es einen erklärten „Zwilling“ von Syriza in Gestalt der linkspopulistischen Podemos-Partei. Sie ist auch nicht davon überzeugt, dass ein Land wirklich seine Schulden bezahlen muss. Und in Portugal, wo es noch keine solche Bewegung gibt, glauben zumindest die nicht ganz einflusslosen traditionellen Kommunisten, dass ihr altes Motto „Zum Teufel mit der Troika“ nun wieder in neuem Glanz erstrahlen wird.

Doch noch ist es nicht so weit. Noch haben jene europäischen Staaten, darunter Deutschland, die sich gegen eine „Erpressung“ stemmen wollen, auf der Iberischen Halbinsel zwei vertrauenswürdige Verbündete. Die Ministerpräsidenten Mariano Rajoy und Pedro Passos Coelho wollen sich ihre Spar- und Reformanstrengungen der zurückliegenden Krisenjahre nicht gerade zu einem Zeitpunkt kleinreden lassen, da ihre Volkswirtschaften Zeichen der Erholung geben.

## Wider die Troika: Keine Nachahmungsgelüste bei den Iberern

Die Iberer haben im Übrigen auch kräftig zur Finanzierung Griechenlands beigetragen. In Spanien hat Athen 26 Milliarden Euro Schulden, in Portugal gut 1 Milliarde Euro. Keine der beiden Regierungen ist bereit, diese Mittel, die zu Hause nach all den Schnitten und Strukturreformen gut zu gebrauchen wären, schon in den Kamin zu schreiben. Daher haben

beide am Wochenende Alexis Tsipras mehr oder minder deutlich gemahnt, dass europäische Vereinbarungen eingehalten werden müssten und der verlangte Schuldenschnitt so nicht in Frage komme.



© dpa Die Fahnen der EU und Griechenlands flattern vor der Akropolis im Wind.

Mag Athen auch im Süden nach Verbündeten suchen und die Fühler nach Frankreich und Italien ausstrecken: In Madrid und Lissabon stößt der griechische Freistil wider die Troika einstweilen nicht auf Nachahmungsgelüste. Denn hier wurde mit Hilfe der europäischen Partner und des Internationalen Währungsfonds sowie mit bemerkenswerten eigenen Kraftanstrengungen einiges geleistet. Portugal, das mit 78 Milliarden vor dem Staatsbankrott bewahrt wurde, wächst wieder maßvoll und ist, wie zuvor Irland, schon imstande, dem Fonds vorzeitig seinen Kredit zurückzuzahlen.

Spanien, dessen Banken 42 Milliarden solidarische Stütze brauchten, steht nach sechs Jahren Rossskur sogar noch besser da. Mit inzwischen sechs kontinuierlichen Wachstumsquartalen ist die Rezession überwunden. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im Vorjahr um 1,4 Prozent zu und dürfte sich in diesem Jahr um 2 bis 3 Prozent steigern. Eine besonnene Ausgabenpolitik, verbunden mit Lockerungen des rigiden Arbeitsmarkts und mehr Spielraum für die Kreativität und Dynamik seiner Unternehmer, hat zu der Wende geführt. Mag es auch etwas übertrieben anmuten, wenn man sich in Madrid schon als europäische „Wachstumslokomotive“ fühlt, so ist doch ein Anfang gemacht. Der Gradmesser bleibt dabei die Arbeitslosigkeit, die nach einem bescheidenen Rückgang von 26 auf 24 Prozent noch immer unerträglich hoch ist.

### **Moralischer Vorteil der Populisten in Spanien verkürzt sich**

Sie ist zusammen mit anderen gesellschaftlichen Verwerfungen durch die graduelle Anpassung des Sozialstaates an die dafür vorhandenen Mittel der Hauptgrund für den Unmut in der Bevölkerung. In Portugal hat dieser einstweilen weder das Parteiensystem noch den trotz aller Opfer erstaunlichen sozialen Frieden erschüttert. Auch wenn es im Herbst zu einer Niederlage der bürgerlich-konservativen Koalition von Regierungschef Passos Coelho käme, stünde als Nachfolger ein gemäßigter Sozialdemokrat bereit. António Costa, dem in den Umfragen favorisierten Bürgermeister von Lissabon, schmecken die griechischen Rezepte ebenfalls nicht. Er würde zwar auch an der Austeritätsschraube drehen wollen, aber keinen Bruch mit den Partnern riskieren.

In Spanien sind die internen Verhältnisse weniger klar, weil sowohl die regierende Volkspartei als auch die oppositionellen Sozialisten den beißenden Geruch der Korruption und Vetternwirtschaft nicht loswerden. Der moralische Vorteil der Populisten, deren

Wirtschaftsprogramm noch immer einige steinzeitlich marxistische Verheißungen mit Freibier für alle einschließt, verkürzt sich indessen, seit einige ihrer Spitzenleute beim leichten Geldverdienen ertappt wurden. Einer von ihnen erhielt aus Venezuela, Bolivien und Ecuador fast eine halbe Million Euro für Beratertätigkeiten, die er zu Hause über eine Gesellschaft günstig in seine Tasche gefiltert haben soll. Finanzminister Cristóbal Montoro will darauf nun ein waches Auge haben.

Noch ist also im europäischen Süden für die ehrlichen – und letztlich erfolgreichen – Reformer nicht alles verloren. Der Spanier Mariano Rajoy ist ein Langstreckenläufer. Er setzt darauf, dass der allmähliche wirtschaftliche Aufschwung und das abschreckende griechische Beispiel ihm letzten Endes helfen werden. Das kontinuierliche Lob aus Berlin ist ihm durchaus willkommen.